

## PRESEMITTEILUNG

Nr. 56 vom 02.03.2012

### **Finanzminister Markov investiert in Steueroasen**

#### **Ludwig Burkardt: Geldanlage im Steuerparadies – letzte linke Landesregierung macht sich weiter unglaubwürdig**

Der Versorgungsfonds Brandenburg ist im Jahr 2008 eingerichtet worden, um Vorsorge für die Pensionsansprüche der Landesbeamten zu treffen. Für die sichere Anlage der Haushaltsmittel ist der Finanzminister verantwortlich. Zu den aktuellen Presseberichten sagt Ludwig Burkardt, Finanzexperte der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg:

„In der Öffentlichkeit und im Bundesrat wettet Finanzminister Markov gegen Steueroasen und Spekulanten – dabei zockt er selbst mit dem Geld der märkischen Steuerzahler. Das Finanzministerium der letzten linken Landesregierung hat in den Steuerparadiesen der Cayman-Inseln und Curacao ordentlich in Risikopapiere investiert. Eklatanter kann die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit nicht ausfallen.“

Die fehlende Glaubwürdigkeit des Finanzministers zeigt sich in einer weiteren Facette: Finanzminister Markov verweigert dem brandenburgischen Durchschnittsverdiener eine steuerliche Entlastung und fordert die massive Erhöhung des Spitzensteuersatzes von 42% auf 49%. Auf den Cayman-Inseln werden hingegen private Einkommen und Unternehmensgewinne mit einem Steuersatz von 0% belegt.

Die linke Doppelmoral von Finanzminister Markov lautet: Er profitiert von internationalen Steuerparadiesen und fordert gleichzeitig höhere Steuern in Deutschland.“

Hintergrund:

Am 9. Februar 2010 hat die rot-rote Landesregierung eine „EntschlieÙung über Maßnahmen gegen Spekulationen auf den Finanzmärkten“ in den Bundesrat eingebracht. Mit dem Antrag wurde die Bundesregierung aufgefordert, Steueroasen weiterhin zu bekämpfen.

Zitat aus dem Antrag: „Die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steueroasen muss fortgesetzt werden. Auch die sog. legalen Steuerschlupflöcher und ... die steuerinduzierte Verlagerung von Geschäftsaktivitäten ins Ausland müssen weiter durch gesetzliche Maßnahmen eingeschränkt werden.“

(Bundesrats-Drucksache 68/10)